

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 5/2008

8. Juni 2008

Die aktuelle Preisentwicklung hat die Bundesregierung und den Nationalrat zu einer Reihe von finanziellen Entlastungsmaßnahmen veranlasst. Es profitieren Pendler, Pensionisten und Personen mit niedrigem Einkommen. Über die einzelnen Beschlüsse des Nationalrats sowie weitere gesetzliche Neuerungen möchte ich Sie hier informieren.

Pendlerpauschale und Kilometergeld steigen ab 1. Juli

Wichtigster Beschluss aus burgenländischer Sicht ist sicher die Erhöhung des Pendlerpauschales, die aufgrund der gestiegenen Spritpreise notwendig war. Das kleine Pendlerpauschale (derzeit maximal 1.614 Euro jährlich) wird um 15 % erhöht, das große Pendlerpauschale (derzeit maximal 2.931 Euro jährlich) ebenfalls um 15 % erhöht. Die Erhöhung tritt am 1. Juli in Kraft, ebenso wie die Anhebung des amtlichen Kilometergeldes. Für Pkw beträgt dieses nun 42 Cent je Kilometer (bisher 37,6 Cent je Kilometer). 800.000 Pendlerinnen und Pendler werden damit spürbar entlastet.

Kleines Pendlerpauschale

bis km	bis 1.7.2007	ab 1.7.2008
20 - 40	546 Euro	630 Euro
40 - 60	1.080 Euro	1.242 Euro
darüber	1.614 Euro	1.857 Euro

Großes Pendlerpauschale

bis km	bis 1.7.2007	ab 1.7.2008
2 - 20	297 Euro	342 Euro
20 - 40	1.179 Euro	1.356 Euro
40 - 60	2.052 Euro	2.361 Euro
darüber	2.931 Euro	3.372 Euro

Geringere Arbeitslosenbeiträge für Bezieher niedriger Einkommen

Ein weiterer Beitrag zur finanziellen Entlastung sozial Schwächerer ist die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge in niedrigen Einkommenskategorien. Bei einer monatlichen Beitragsgrundlage unter 1.100 Euro fällt der Arbeitslosenversicherungsbeitrag komplett weg, zwischen 1.100 bis 1.200 wird er auf 1 % gesenkt und zwischen 1.200 und 1.350 auf 2 %. Das Nettoeinkommen für diese Bürger wird damit angehoben.

Pensionserhöhung wird vorgezogen

Um der steigenden Inflation zu begegnen, wird die Pensionserhöhung 2009 um zwei Monate vorgezogen. Sie tritt demnach schon am 1. November 2008 in Kraft. Auch die Ausgleichszulagen-Richtsätze für die Mindestpensionen werden bereits zu diesem Zeitpunkt erhöht.

Änderung des Ökostromgesetzes vertagt

Die Novelle zum Ökostromgesetz wird in der nächsten Plenarsitzung beschlossen. Die Regierung hatte ihre Abänderungsanträge zwar formal richtig eingebracht, aber die relativ kurzfristige Vorlage wurde von den Parlamentsfraktionen kritisiert.

Weitere Maßnahmen gegen organisierte Schwarzarbeit am Bau

Einen weiteren Baustein gegen organisiertes Pfscherwesen am Bau bringt eine Erweiterung des ASVG. Die Haftung von Auftragnehmern im Zusammenhang mit Subunternehmen wird erweitert. Werden Bauleistungen an ein anderes Unternehmen weitergegeben, so ist nun eine Haftung des Auftragnehmers für Beitragsrückstände des Subunternehmens bis zur Höhe von 20 % des geleisteten Werklohnes vorgesehen. Die Haftung wird schlagend, wenn die Bemühungen der Krankenversicherungsträger zur Einbringung der Beiträge erfolglos waren oder das Unternehmen insolvent ist.

Novellierung des Gleichbehandlungsgesetzes

Die Gleichbehandlung von Mann und Frau im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben wird durch gesetzliche Vorkehrungen weiter verstärkt. Die Diskriminierungstatbestände werden erweitert, die Mindestschadenersatzansprüche angehoben sowie die Verjährungsfrist für die Geltendmachung einer Belästigung verlängert. Auch für den öffentlichen Dienst wurden die bestehenden Gebote verstärkt.

Qualität unserer Grundbücher und Vermessungsämter wird weiter erhöht

Eine weitere Verbesserung von Grundbuch, Urkundenarchiv und Vermessungsämtern bringt die neue Grundbuchsnovelle. Es ermöglicht verbesserte Abfragemöglichkeiten und die beschleunigte Abwicklung von Verfahren, wie ich in meiner Rede vor dem Plenum betont habe. Gewahrt bleibt der Zeitraum von zwei Jahren, der von der Erstellung eines Teilungsplans bis zur grundbürgerlichen Einverleibung Dispositionsmöglichkeiten für die Antragsteller bietet. Künftig kann ein Antrag auch bei formellen Mängeln innerhalb einer Woche nach Einreichung nachgebessert werden, ohne dass er zurückgewiesen wird.

Berufliche Ausbildung für junge Menschen wird forciert

Um die berufliche Ausbildung junger Menschen weiter zu verbessern, hat der Nationalrat ein Jugendbeschäftigungspaket beschlossen. Es enthält ein neues System der betrieblichen Lehrausbildungsförderung, das die Lehrlingsstellen der Wirtschaftskammern abwickeln werden. Für zusätzlich geschaffene Lehrstellen wird der erfolgreiche Blum-Bonus weiter entwickelt. Zusätzlich gefördert werden Lehrgänge zum Nachholen des Berufsschulabschlusses sowie die Ausbildung in Berufen, wo Fachkräftemangel herrscht.

Direkte Auszahlung der Familienbeihilfe an über 18-Jährige

An junge Erwachsene ab dem 18. Lebensjahr wird die Familienbeihilfe künftig direkt ausbezahlt und nicht mehr an deren Eltern. Voraussetzung ist, dass die Jugendlichen nicht mehr im gemeinsamen Haushalt mit den Eltern leben, wie es etwa auf Studenten zumeist zutrifft.

Mehr Information über Familienberatung

In einer EntschlieÙung hat der Nationalrat die Familienministerin aufgefordert, die Information über vom Bund geförderten Elternberatungen zu verstärken. Österreichweit bieten über 390 Stellen Informationen über Elternbildung, Familienberatung sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf an.

Parlamentsführungen

Für die Vorbereitung von **Gruppenführungen** durch das Parlament steht Euch bzw. Ihnen mein **Mitarbeiter Martin Wurglits** als Ansprechperson zur Verfügung (01/40110-4682, 0664/4546818, martin.wurglits@parlament.gv.at). Führungen sind an allen Tagen außer Sonntagen möglich.

Mit den besten Wünschen für Eure bzw. Ihre politische Arbeit und mit herzlichen Grüßen

Franz Glaser

Abgeordneter zum Nationalrat